

**Satzung  
der UNO Flüchtlingshilfe e.V.  
Stand 18. April 2016**

**§ 1 Name und Sitz des Vereins, Geschäftsjahr**

Der Verein führt den Namen „UNO-Flüchtlingshilfe e.V.“ mit Sitz in Bonn. Er ist im Vereinsregister beim Amtsgericht Bonn unter der Nr. 4539 eingetragen. Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

**§ 2 Zweck und Tätigkeit des Vereins**

Zweck des Vereins ist die Unterstützung bedürftiger Flüchtlinge in aller Welt. Der Satzungszweck wird erfüllt vor allem durch die Beschaffung von Mitteln für

- a) Hilfswerke der Vereinten Nationen, insbesondere den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) sowie
- b) Andere Organisationen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren,

zur Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke dieser Organisationen.

Darüber hinaus wird der Verein selbst tätig, indem er die Öffentlichkeit über Flüchtlinge informiert und Verständnis für deren Lage weckt: vor allem durch Ausstellungen, Plakat-Aktionen, Vorträge und Publikationen in allen Medien (Print, Film und Fernsehen, Hörfunk und Internet, soziale Medien etc.).

Der Verein UNO-Flüchtlingshilfe trägt damit zur Völkerverständigung bei.

**§ 3 Gemeinnützigkeit**

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (3) An die Vorstandsmitglieder und für den Verein in sonstiger Weise ehrenamtlich Tätigen dürfen Aufwandsentschädigungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen geleistet werden.

**§ 4 Mitgliedschaft**

- (1) Ordentliches Mitglied des Vereins kann werden:
  - a) Jede natürliche Person über 16 Jahren,
  - b) Jede juristische Person, insbesondere solche, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren.
- (2) Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Im Fall einer Ablehnung kann der Abgelehnte die zeitlich nächste Mitgliederversammlung anrufen. Diese entscheidet endgültig. Bei dieser Mitgliederversammlung hat der Antragsteller zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt Anwesenheits- und Rederecht.

**Satzung  
der UNO Flüchtlingshilfe e.V.  
Stand 18. April 2016**

- (3) Die Mitgliedschaft endet
- a) Bei natürlichen Personen durch Tod, bei juristischen Personen durch deren Erlöschen,
  - b) Durch Austritt,
  - c) Durch Ausschluss.
- (4) Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zum Ende eines Geschäftsjahres zu erklären. Das Mitglied bleibt verpflichtet, bis zum Ende des Geschäftsjahres seine Beiträge zu zahlen.
- (5) Über den Ausschluss eines Mitglieds entscheidet der Vorstand. Ein Ausschluss ist möglich wegen Verletzung der Pflichten aus der Mitgliedschaft (als solche gelten insbesondere auch Zahlungsrückstände von mehr als einem Jahresbeitrag), sowie groben Zuwiderhandelns gegen das Interesse und Ansehen des Vereins. Das betroffene Mitglied erhält vor der Entscheidung des Vorstands Gelegenheit, sich zu äußern. Der Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Gegen die Entscheidung kann die zeitlich nächste Mitgliederversammlung angerufen werden. Bei dieser Mitgliederversammlung hat das Mitglied bis zur Entscheidung Anwesenheits- und Stimmrecht.
- (6) Der Vorstand kann fördernde Mitglieder ehrenhalber aufnehmen. Diese haben in der Mitgliederversammlung kein Stimmrecht.
- (7) Treten Mitglieder oder deren Angehörige (Ehegatten/Kinder) in ein Arbeitsverhältnis zum Verein ein oder besteht zwischen ihnen und dem Verein ein Auftragsverhältnis, ruht das Stimmrecht des Mitglieds für die Dauer des Arbeitsverhältnisses bzw. des Auftrags. Gleiches gilt, wenn eine Arbeitnehmer des Vereins oder ein Auftragnehmer in den Verein aufgenommen wird. In beiden Fällen ruht auch das passive Wahlrecht.

## **§ 5 Organe des Vereins**

Organe des Vereins sind:

- a) Die Mitgliederversammlung (Aufsichtsorgan),
- b) Der Aufsichtsrat (besonderes Aufsichtsorgan),
- c) Der Vorstand (Leitungsorgan)
- d) Die Rechnungsprüfer

## **§ 6 Mitgliederversammlung**

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins (Aufsichtsorgan). Sie überwacht den Vorstand (Leitungsorgan) und beschließt in allen Angelegenheiten, die ihr nach dem Gesetz oder dieser Satzung vorbehalten sind. Sie kann die Entscheidungen in allen Vereinsangelegenheiten an sich ziehen.
- (2) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich statt. Die Mitglieder werden hierzu vom Vorstand unter Mitteilung der Tagesordnung mindestens drei Wochen vorher schriftlich eingeladen. Für die Rechtzeitigkeit der Einladung ist das Absendedatum maßgeblich.
- (3) Anträge (Beratungsgegenstände) aus den Reihen der Mitglieder müssen dem Vorstand spätestens 14 Tage vor der Mitgliederversammlung schriftlich eingereicht werden. Sie sind vom Vorstand in die Tagesordnung aufzunehmen. Anträge, die nach diesem Termin

**Satzung  
der UNO Flüchtlingshilfe e.V.  
Stand 18. April 2016**

gestellt werden, können von der Mitgliederversammlung beraten werden, wenn diese vorher die Dringlichkeit feststellt (§ 8 Absatz 3).

- (4) Auf Antrag kann die Mitgliederversammlung einen Teilnehmer als Versammlungsleiter wählen. Wird kein entsprechender Antrag gestellt, wird die Mitgliederversammlung vom Vorsitzenden oder, im Verhinderungsfall, von dessen Stellvertreter geleitet.
- (5) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - a) Entgegennahme des Tätigkeitsberichts des Vorstandes,
  - b) Entgegennahme des Berichts der Rechnungsprüfer unter Einbeziehung des Jahresabschlusses des Wirtschaftsprüfers.
  - c) Feststellung des Jahresabschlusses,
  - d) Entgegennahme des Berichts des Aufsichtsrats (besonderes Aufsichtsorgan)
  - e) Entlastung des Vorstandes und der Rechnungsprüfer,
  - f) Beschlussfassung über Anträge,
  - g) Wahl des Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Rechnungsprüfer sowie des Wirtschaftsprüfers und des Ombudsmanns im Sinne der Antikorruptionsrichtlinie,
  - h) Beschluss über eine Beitragsordnung,
  - i) Beschlussfassung über Änderung der Satzung.
- (6) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann vom Vorstand, dem Aufsichtsrat oder den Rechnungsprüfern jederzeit einberufen werden; sie ist einzuberufen, wenn ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.
- (7) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.

### **§ 7 Beschlüsse der Mitgliederversammlung**

- (1) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig.
- (2) Beschlüsse werden, sofern die Satzung im Einzelfall nichts anderes bestimmt, mit der Mehrheit der abgegebenen Ja-Stimmen über die Nein-Stimmen gefasst. Enthaltungen beeinflussen das Ergebnis nicht.
- (3) Beschlüsse dürfen nur zu Beratungsgegenständen gefasst werden, die in der ordnungsgemäß versandten Einladung benannt worden sind oder deren Aufnahme in die Tagesordnung die Mitgliederversammlung wegen Dringlichkeit zu Beginn ihres Zusammentretens beschließt.
- (4) Beschlüsse über Satzungsänderungen (§ 6 Absatz 5 Buchst. i) bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der Ja-Stimmen über die Nein-Stimmen der anwesenden Mitglieder. Sie dürfen ausnahmslos nur gefasst werden, wenn der Beratungsgegenstand „Satzungsänderung“ unter Bezeichnung der zu ändernden Vorschrift(en) in einer ordnungsgemäß versandten Einladung benannt worden ist.

### **§ 8 Wahlen**

- (1) Wahlen zu den Organen des Vereins erfolgen geheim, sofern die wählende Versammlung nicht einstimmig etwas anderes beschließt.
- (2) Die drei Mitglieder des Vorstandes (§ 10) werden in Einzelwahl bestimmt. Steht für ein Amt nur ein Kandidat/eine Kandidatin zur Verfügung, ist er/sie gewählt, wenn er/sie im

**Satzung  
der UNO Flüchtlingshilfe e.V.  
Stand 18. April 2016**

ersten oder einem folgenden Wahlgang die Mehrheit der Ja-Stimmen über die Nein-Stimmen auf sich vereinigt. Stehen mehrere Kandidaten/innen zur Verfügung, kann über sie gemeinsam abgestimmt werden. Hierbei haben alle Wahlberechtigten nur eine Stimme. Im ersten Wahlgang ist der Kandidat/die Kandidatin gewählt, der/die die meisten Stimmen und gleichzeitig die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt.

- (3) Kommt im ersten Wahlgang keine Mehrheit zustande, werden ein oder mehrere weitere Wahlgänge durchgeführt, in denen sich auch neue Kandidaten/Kandidatinnen zur Wahl stellen können. In den weiteren Wahlgängen ist derjenige Kandidat/diejenige Kandidaten gewählt, der/die die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt.
- (4) Soweit die Satzung nichts anderes vorschreibt, können Wahlen als „Listenwahl“ durchgeführt werden. Hierüber beschließt die jeweils wählende Versammlung. Bei Listenwahl hat jeder/jede Wahlberechtigte höchstens so viele Stimmen, wie Wahlämter zu vergeben sind. Eine Kumulierung von Stimmen ist unzulässig. Im ersten Wahlgang sind diejenigen Kandidaten/Kandidatinnen gewählt, die die höchsten Stimmzahlen auf sich vereinigen und für die gleichzeitig mehr als die Hälfte der Ja-Stimmen abgegeben wurden. In gegebenenfalls notwendigen weiteren Wahlgängen, in denen sich auch neue Kandidaten/Kandidatinnen zur Wahl stellen können, sind diejenigen Kandidaten/Kandidatinnen gewählt, die die relativ meisten abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Haben mehrere Kandidaten die gleiche Stimmzahl entscheidet das Los.
- (5) Die nähere Ausgestaltung des Wahlvorgangs kann durch eine von der Mitgliederversammlung zu verabschiedende Wahlordnung geregelt werden.

**§ 9 Der Aufsichtsrat (besonderes Aufsichtsorgan)**

- (1) Die UNO-Flüchtlingshilfe bestellt zur Überwachung des Vorstands (Leitungsorgan) zusätzlich einen Aufsichtsrat (besonderes Aufsichtsorgan). Im Aufsichtsrat dürfen auch Mitglieder der UNO-Flüchtlingshilfe vertreten sein.
- (2) Dem Aufsichtsrat dürfen jedoch keine Personen angehören, die
  - a) dem Vorstand (Leitungsorgan) angehören,
  - b) mit Mitgliedern des Vorstands persönlich verbunden sind,
  - c) für die UNO-Flüchtlingshilfe oder in mit ihr rechtlich verbundenen Organisationen oder Unternehmen als Angestellte oder Honorarkräfte tätig sind (eine Ausnahme stellt der/die vom Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge – UNHCR- entsandte stimmrechtslose Vertreter/Vertreterin dar – siehe Absatz 3)
  - d) von der UNO-Flüchtlingshilfe mit Beratungen oder Prüfungen beauftragt wurden oder bei solchen Auftragnehmern beschäftigt sind, z.B. bei Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften.
- (3) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 4, höchstens 6 von der Mitgliederversammlung gewählten Personen sowie einem vom Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge entsandten Vertreter ohne Stimmrecht. Als Kandidaten für die Wahl in den Aufsichtsrat kommen vornehmlich Personen in Betracht, die sich in besonderer Weise mit Flüchtlingen und Flüchtlingsproblemen befassen oder befasst haben. Außerdem sollte mindestens ein Kandidat über Erfahrungen in der Leitung einer Organisation von der Größe der UNO Flüchtlingshilfe verfügen.

**Satzung  
der UNO Flüchtlingshilfe e.V.  
Stand 18. April 2016**

- (4) Interessenkonflikte sollen nach Möglichkeit vermieden werden, sie müssen in jedem Fall aber gegenüber den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats und gegenüber der Mitgliederversammlung offengelegt werden.
- (5) Dem Aufsichtsrat obliegen insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:
  - a) Beratung und Überwachung des Vorstands im Zusammenhang mit der Beschaffung der Mittel und ihrer Vergabe im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgaben und Zwecke sowie der Öffentlichkeitsarbeit nach § 2 dieser Satzung. Zu diesem Zweck kann er an jeder Sitzung des Vorstands ohne Stimmrecht teilnehmen, Anträge stellen und Einsicht in alle Unterlagen des Vereins nehmen,
  - b) Überwachung der Einhaltung der Vereinbarungen mit dem UNHCR durch den Vorstand,
  - c) Kenntnisnahme des Jahresabschlusses des Vereins und Genehmigung der Jahresplanung.
- (6) Über seine Tätigkeit und die Ergebnisse seiner Arbeit berichtet der Aufsichtsrat der Mitgliederversammlung.
- (7) Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden auf drei Jahre gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Mehrzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats soll diesem jedoch nicht länger als zehn Jahre angehören.
- (8) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Er tritt regelmäßig, mindestens dreimal im Jahr zusammen, davon mindestens zweimal persönlich. Er ist beschlussfähig, wenn wenigstens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Die Beratungsgegenstände richten sich nach den Aufgaben des Aufsichtsrats gem. Absatz 4 und werden in seiner Geschäftsordnung näher definiert.
- (9) Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind in der Regel ehrenamtlich tätig. Davon unberührt bleibt ein angemessener Auslagenersatz.
- (10) Werden darüber hinaus Aufwandsentschädigungen oder andere Vergütungen gewährt, so müssen diese dem Grund und der Höhe nach durch die Mitgliederversammlung beschlossen sein.

**§ 10 Der Vorstand (Leitungsorgan)**

- (1) Der Vorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden und zwei Stellvertretern/Stellvertreterinnen, die von der Mitgliederversammlung aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder in geheimer Wahl für zwei Jahre gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig. Jedes Vorstandsmitglied bleibt bis zur Wahl seines Nachfolgers/seiner Nachfolgerin im Amt.
- (2) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins ehrenamtlich. Davon unberührt bleibt ein angemessener Auslagenersatz. Werden darüber hinaus Aufwandsentschädigungen oder andere Vergütungen gewährt, so müssen diese dem Grund und der Höhe nach durch die Mitgliederversammlung beschlossen sein.
- (3) Der Vorstand entscheidet über alle im Zusammenhang mit der Führung des Vereins aufkommenden Fragen, insbesondere auch über die Verwendung der eingegangenen Mittel. Er kann einen Geschäftsführer /eine Geschäftsführerin und weiteres Personal einstellen. Er kann Geschäftsstellen einrichten.

**Satzung  
der UNO Flüchtlingshilfe e.V.  
Stand 18. April 2016**

- (4) Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Je zwei Mitglieder sind gemeinschaftlich vertretungsbefugt. Näheres kann der Vorstand in einer Geschäftsordnung regeln.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei seiner Mitglieder anwesend sind. Für die Beschlussfassung gelten § 7 Absätze 2 und 3 entsprechend.
- (6) Die Abwahl eines Vorstandsmitglieds ist nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der in der Mitgliederversammlung abgegebenen gültigen Stimmen möglich. In derselben Sitzung soll ein neues Vorstandsmitglied gewählt werden.

#### **§ 11 Beitragsordnung**

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge richtet sich nach der jeweils aktuellen, von der Mitgliederversammlung beschlossenen Beitragsordnung. Die Beiträge sind jährlich im Januar im Voraus zu entrichten.

#### **§ 12 Jahresabschluss, Haushaltsplan**

- (1) Der Vorstand erstellt jährlich im Voraus einen Jahresplan. Der Jahresplan ist dem Aufsichtsrat zur Genehmigung zuzuleiten.
- (2) Für jedes Geschäftsjahr ist ein Jahresabschluss zu erstellen.

#### **§ 13 Rechnungsprüfung**

- (1) Es werden zwei Rechnungsprüfer durch die Mitgliederversammlung gewählt. Für die Wahl/Abwahl der Rechnungsprüfer gelten die Bestimmungen gem. § 8 Absätze 4 und 5 sowie § 10 Absatz 6 entsprechend.
- (2) Die Rechnungsprüfer haben das Recht, jederzeit Einsicht in die Bücher zu nehmen. Sie haben den Jahresabschluss des Vorstandes zu prüfen und darüber in der nächsten Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten. Der Aufsichtsrat ist über das Ergebnis der Prüfung vorab zu unterrichten.

#### **§ 14 Auflösung des Vereins**

- (1) Der Verein kann nur in einer ausdrücklich zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen aufgelöst werden.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Deutsche Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe, Bonn, zwecks unmittelbarer und ausschließlicher Verwendung für Aufgaben der Flüchtlingshilfe.

#### **§ 15 Redaktionelle Änderungen der Satzung**

Der Vorstand ist berechtigt, für die Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht oder sonst zweckmäßige redaktionelle Änderungen der Satzung vorzunehmen.

**Bonn, den 18. April 2016**